



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 10.12.2019, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Erhöhung des Zuschusses an die Film- und
Medienfestival gGmbH ab 01.01.2020

Vorl.Nr. 500/19

Beschlussvorschlag:

Der Aufstockung der Zuschüsse an die Film- und Medienfestival gGmbH (FMF) in Höhe von 23.400,00 Euro wird *auf 2 Jahre befristet* – vorbehaltlich der *entsprechenden* Zustimmung der anderen Gesellschafter – zugestimmt.

Der Anteil entspricht dem prozentualen Verhältnis des Gesellschafters Stadt Ludwigsburg im Rahmen der beabsichtigten Erhöhung der Gesellschafterbeiträge ab 01.01.2020, um insgesamt 150.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem keine Einwände gegen die Tagesordnung seitens des Gremiums bestehen, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Er begrüßt hierzu die beiden Geschäftsführer der Film- und Medienfestival gGmbH, Herr Prof. Wegenast und Herrn Krauß.

Prof. Wegenast berichtet über die vergangenen Ausgaben des Film- und Medienfestivals in Ludwigsburg und erläutert insbesondere das geänderte Kommunikationskonzept, das mehr in den Stadtraum hineingewirkt habe, und dass unterschiedliche Orte in Ludwigsburg bespielt worden seien. Der Fachkongress sei führend im deutschsprachigen Raum. Die Themenschwerpunkte Architektur und Szenographie seien wichtig in der Region und würden zunehmend international wahrgenommen. Die letztjährige Fokussierung auf Nachhaltigkeit war ein großer Erfolg. Viele Partner, Hochschulen und Firmen begleiteten seit Anbeginn vor acht Jahren das Festival. Die Zuschusserhöhung werde erbeten zugunsten der Ausweitung des Angebots der öffentlichen Raumwelten-Veranstaltungen. Die in der Bevölkerung beliebte Lichtwolke sei ein auf drei Jahre

befristetes Projekt gewesen, und sei bereits länger gelaufen. Die Aufbaukosten hätten sich seit Beginn mehr als verdoppelt, daher habe sich der Weiterbetrieb nicht wirtschaftlich darstellen lassen. Die Erarbeitung einer Alternative wäre wünschenswert, nehme aber noch Zeit in Anspruch. Die Einbindung der Bevölkerung solle vornehmlich über die Inhalte der Veranstaltungen passieren.

Herr **KrauB** verweist für die wirtschaftlichen Zahlen auf die Vorlage 500/19. Für das kommende Jahr betrage das Budget rund 240.000 Euro inkl. des Public-Bereichs, der Kooperationsveranstaltungen und des Naturvision-Festivals.

OBM **Dr. Knecht** lobt die internationale Brillanz der Veranstaltungen und die überregionale und internationale Ausstrahlung. Das Naturvision-Festival sei eine tolle Veranstaltung und sei in der Stadt verankert. Wenn nun die Lichtwolke nicht mehr aufgebaut werden könne, sei es notwendig, die Sichtbarkeit in der Stadt aufrecht zu halten. Die anderen Zuschussgeber hätten ihre Zustimmung zur Erhöhung bereits gegeben.

Stadtrat **Prof. Vierling** bezeichnet es als eingeführte Veranstaltungen mit vielen Partnern und Gesellschaftern. Die Sichtbarkeit der vielen Veranstaltungen sei über Plakatierungen in der Stadt gegeben. Dennoch bestehe eine Informationslücke über die konkreten Vorteile für die Stadt; hierzu regt er eine Handreichung an. Er fragt, ob die Zuschusserhöhung für die nächste Zeit reiche. Abschließend lobt er die Veranstaltungen des Naturvision-Festivals.

Stadträtin **Dr. Klünder** schließt sich dem Lob an; das Renommee der Stadt steige dadurch. Es komme hoffentlich nicht jährlich eine Anfrage auf Zuschusserhöhung. Die Veranstaltungen seien anspruchsvoll und zahlreich, hier könnte man gegebenenfalls die Fülle hinterfragen. Sie bittet darum, die Kosten immer im Blick zu haben.

Trotz der vielen Pflichtbereiche bei der Stadt stimme der Gemeinderat den Zuschüssen und -erhöhungen der kulturellen Einrichtungen meist ohne Kontrolle zu, so Stadtrat **Weiss**. Es handle sich zwar oft um Kleinbeträge, gleichwohl fehlen ihm belastbare Zahlen. Bei anderen Einrichtungen und Institutionen schaue der Gemeinderat genauer hin. Es müsse zwischen Kür- und Pflichtaufgaben unterschieden werden. Er könne der dauerhaften Zuschusserhöhung nicht zustimmen, da er im Detail keine Kontrollmöglichkeit der Zahlen habe.

Es sei bereits alles gesagt worden, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Er sieht die aufgeworfene Thematik bei der Wirtschaftsförderung. Es ergäben sich hoffentlich Mehrwerte, die sich aber wohl schlecht beziffern ließen. Die Fraktion sei sich noch unklar, ob sie zustimmen oder sich enthalten werde. Er regt eine einmalige Erhöhung des Zuschusses an, ansonsten wäre der Ergebnis-Haushalt dauerhaft belastet.

Stadtrat **Haag** bittet, den Transfer in die Stadt besser zu beziffern. Er hat eine Nachfrage zum Finanzierungsanteil der Stadt und wünscht sich einen Ausblick auf die kommende Ausgabe sowie zur Sponsorsituation beim Naturvision-Festival.

Stadtrat **Dogan** stellt die Frage nach der Nachhaltigkeit bei der Finanzierung.

Herr **KrauB** führt aus, dass in den Gesamtkosten von 240.000 Euro die Kosten von 60.000 Euro für das Naturvision-Festival enthalten seien. Der Transfer in die Stadtgesellschaft solle durch die dauerhafte Zuschusserhöhung unabhängig von der Einwerbung von Sponsorengeldern gemacht werden. Projektkosten seien von 40.000 Euro in den Kalkulationen enthalten. Der Finanzierungsanteil der Stadt Ludwigsburg betrage 17,84 %.

Laut OBM **Dr. Knecht** sei sichtbar, dass Ludwigsburg profitiere. Es sei ein Vorzeigeprojekt der Hochschulen. Er werde der Zuschusserhöhung zustimmen, fragt aber nach einer Bezifferung des Mehrwerts für die Stadt.

Ludwigsburg würde sehr vom Konstrukt der Gesellschaft, inhaltlich und durch die Beteiligung des Ministeriums profitieren, so **Prof. Wegenast**. Es gebe eine deutschlandweite Ausstrahlung und Hotels sowie Restaurants hätten in jedem Fall einen Mehrwert. Es sei das Anliegen des Festivals, auf die Ludwigsburger zuzugehen.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach der Entwicklung der Zuschusssituation.

Laut Herrn **Krauß** sei dies nicht vorhersehbar. Der Gemeinderat werde über jede Veränderung informiert und einbezogen.

Die von Stadtrat Weiss geforderten Kennzahlen und Indikatoren würden nachgeliefert, so **Prof. Wegenast**.

Auf die Nachfrage von Stadtrat **Link** nach dem Rückgang des Sponsorings antwortet Herr **Krauß**, dass dies von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region abhängt. Die Veranstaltungen seien hoch anerkannt und die Anzahl der Sponsoren habe sich erhöht, die Beiträge seien aber im Durchschnitt geringer.

OBM **Dr. Knecht** fasst zusammen, dass es eine große Anerkennung in der Stadt für die Festivals gebe. Der unbefristeten Zuschusserhöhung könnten einige im Gremium nicht zustimmen. Er schlägt daher vor, zunächst auf drei Jahre befristet zu erhöhen. Da die anderen Gesellschafter zugestimmt hätten, sei man in der Verantwortung.

Stadtrat **Link** kann lediglich für zwei Jahre zustimmen.

Stadtrat **Prof. Vierling** regt an, stärker im Vorfeld und über Berichte im Nachhinein informiert zu werden.

Dies könne laut Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bei nächster Vorstellung im Ausschuss passieren. Er plädiert ebenfalls für zunächst zwei Jahre; dies müsse über die anderen Gesellschafter abgesichert sein.

OBM **Dr. Knecht** stellt sodann den besprochenen abweichenden Beschlussvorschlag (wie oben eingefügt) zur Abstimmung. Es solle ein jährlicher Bericht erfolgen, der auch in Form einer Informationsvorlage passieren könne.

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Ludwigsburg gewährt der Stadtentwässerung Ludwigsburg ein Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. EUR.

Zudem wird das zum 30.11.2019 auslaufende Darlehen der Stadt Ludwigsburg an die Stadtentwässerung Ludwigsburg mit einem Restbuchwert von 1,1 Mio. EUR um weitere 5 Jahre verlängert. Den Kreditvereinbarungen aus den beigefügten Darlehensverträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erläutert die Beschlussvorlage 503/19.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert Herr **Kistler**, dass die Stadtentwässerung Ludwigsburg in ihren Wirtschaftsplänen laufend Kreditaufnahmen enthalte. Dies diene bei der langen Abschreibungsdauer für Kanäle und Kläranlagen von 99 und 50 Jahren zur Aufrechthaltung der Liquidität.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3.1.

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltssatzung 2020 sowie der Haushaltsplan 2020 und die mittelfristige Finanzplanung 2019 - 2023 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 397/19) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf und begrüßt hierzu auch EBM Seigfried und BMin Nießen. OBM Dr. Knecht erläutert einleitend, dass durch Ausgaben senkungen und Schiebungen die geplante Kreditaufnahme von 30 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro gesenkt werde. Wichtig sei die Feststellung, dass keine Maßnahme gänzlich weg falle. Man wolle sich Haushaltsüberträge stärker zunutze machen.

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erklärt, dass im Baubereich der Mittelabfluss nicht so komme, wie berechnet. Dadurch könne die Kreditermächtigung verkleinert werden. Aus dem Haushaltsjahr 2019 gebe es zudem Ermächtigungsüberträge, die wiederum Verschiebungen ins Jahr 2021 ermöglichen. Im Folgenden geht er auf die im Änderungsverzeichnis Vorl.Nr. 504/19 aufgeführten und durch die Haushaltsanträge des Gemeinderats vorgenommenen Änderungen für den Haushaltsplan 2020 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2023 ein. Eine Kreditaufnahme werde auf Sicht passieren und sich am jeweiligen Mittelabfluss orientieren.

Stadtrat **Prof. Vierling** wünscht, da der Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt in morgiger Sitzung auch Entscheidungen zu fällen habe, auf einen Empfehlungsbeschluss zu verzichten und den Gemeinderat entscheiden lassen. Die Haushaltsanträge der Grünen-Fraktion hätten zu

Verbesserungen auf der Einnahmenseite geführt. Die von der Verwaltung vorgelegte Verbesserung um 13 Mio. Euro sei gewissermaßen einer anderen Darstellung geschuldet. Es ist festzustellen, dass die Zahlen vom Ergebnis schlussendlich entfernt sein werden. Anteil hätten daran die Ermächtigungsüberträge, zudem würden die Investitionen nur rund zur Hälfte getätigt. Mit dem vorgelegten geänderten Plan sei man gleichwohl zufrieden, wolle aber heute keine Empfehlung abgeben.

Stadträtin **Dr. Klünder** zufolge würden jedes Jahr Anträge eingereicht, die zur Zahlenkosmetik beitragen. In diesem Jahr hätte es nicht ganz das von der Fraktion gewünschte Ausmaß der Kreditreduktion erreicht. Man könne heute eine Empfehlung beschließen, allerdings werde man uneinheitlich abstimmen. Im Gemeinderat werde sich die Fraktion dann mehrheitlich enthalten.

Die Fraktion könne den Haushaltsplan mittragen, führt Stadtrat **Weiss** aus. Er spricht von einem Pyrrhussieg. Der mittelfristige Kreditbedarf von 55 Mio. Euro sei der heutige Wert. Er bittet zu Protokoll zu nehmen, dass man 2023 bei den Planungen für 2024 und 2025 daran erinnere. Den Haushalt aufgrund von Kreditermächtigung abzulehnen, hält er nicht für richtig. Er dankt dem Team der Stadtkämmerei und der Verwaltung.

Die Fraktion werde dem Haushaltsplan zustimmen, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**, und sehe sich bestätigt darin, dass durch die Schiebung des BRT-Systems die eingesparten 13 Mio. Euro zustande gekommen seien. Die genannte Begründung, dem Haushalt nicht zuzustimmen, sei nicht nachvollziehbar. Es sei bemerkenswert, dass erstaunlich viel Einsparungen mit den Haushaltsanträgen möglich seien. Die Kreditermächtigung werde wohl wie in den Vorjahren nicht ausgeschöpft werden. Er äußert die Sorge, dass manche gekürzten Maßnahmen auch im mittelfristigen Finanzplan nicht wieder vorkommen, so bspw. die Förderung nicht-städtischer Kitas. Man Sorge sich um die rechtzeitige Fertigstellung von Bildungseinrichtungen wie der Fuchshof- und Oststadtschule.

Die jetzt durchgeführte Kürzung um 13 Mio. Euro vermittele nach außen, führt Stadtrat **Haag** aus, dass die vorherigen Einsparungsrunden in der Haushaltsaufstellung nicht ernsthaft passiert seien. Hier könnte noch genauer kommuniziert werden. Er fragt, wie genau die Einsparungen in der mittelfristigen Finanzplanung zustandekommen. Es sei schwierig, ordentliche Einsparvorschläge zu unterbreiten. Die Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Stadtrat **Dogan** erkundigt sich, wie viel im letzten Haushalt verschoben wurde, und welche Auswirkungen das auf die jetzigen Schiebungen habe.

Herrn **Kistler** zufolge sei man beim Umfang der Kreditermächtigung auf einem guten Weg. Ziel sei, den Haushalt auf realistische Bausummen zu reduzieren. Der Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt habe sich seit Aufstellung des Haushalts um 10 Mio. Euro verbessert, v.a. durch die Oktobersteuerschätzung. Durch Kürzung bei den Investitionen erreiche man eine Verbesserung von 5 Mio. Euro. Zur Bauförderung nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen seien durch Ermächtigungsüberträge noch aus 2018, einem höheren diesjährigen Budget und Mittelabfluss von rund der Hälfte auch für nächstes Jahr noch genügend Mittel vorhanden. Die Oststadtschule sei von keiner Streichung betroffen. Zur Frage von Stadtrat Dogan müssten die genauen Beträge recherchiert werden.

OBM **Dr. Knecht** führt aus, dass schrittweise vorgegangen werde und in den Entscheidungen kein Belieben stecke.

Laut EBM **Seigfried** habe es in den letzten Jahren am Jahresende immer Verbesserungen

gegeben; eine Voraussage sei allerdings schwierig. Ein Beispiel sei die Fördersumme für nicht-städtischen Kita-Ausbau, die von der Bautätigkeit Dritter abhängt.

BMin **Nießen** bekräftigt, dass die Zahlung von Bauraten geschoben werde, die Fertigstellung sei nicht betroffen. Lediglich die Oststadtschule werde geschoben; unter der Maßgabe, dass die Fuchshofschule rechtzeitig fertiggestellt ist. Zur Kritik an der Verlässlichkeit des Zahlenwerk merkt sie an, dass die Verwaltung die Haushaltsanträge der Fraktionen sehr ernst nehme. Man stehe ernsthaft für Wahrheit und Klarheit des Haushaltsplans.

Stadträtin **Dr. Klünder** betont, dass sie volles Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung habe und dankt für deren Bemühen.

OBM **Dr. Knecht** spricht von einem gemeinsamen Prozess; nicht nur intern. Über zwei Monate haben Gemeinderat und Verwaltung gerungen und die Entscheidungsprozesse nach außen und innen offengelegt. Diese Transparenz wolle man bei der nächstjährigen Strategiediskussion weiterführen und diese sei die Linie seiner Politik. Er empfiehlt, einen Beschluss zu fassen und damit eine Bekundung zum momentan vorliegenden Haushaltsplan zu tätigen. Von diesem Recht, was dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung obliege, solle auch Gebrauch gemacht werden.

Stadtrat **Weiss** gibt an, das Thema Parkgebühren sei separat zu beraten. Für die heutige Empfehlung zum Haushalt habe dies keinen Einfluss.

OBM **Dr. Knecht** lässt sodann den Empfehlungsbeschluss zum Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung fassen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Haushaltsabschluss 2018 und der vorläufige Haushaltsabschluss 2019 werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen für das Haushaltsjahr 2020 sowie dem damit verbundenen Wirtschaftsplan wird zugestimmt.
3. Der Zuschuss für das Jahr 2020 i.H.v. 323.500 EUR für die Scala Kultur Live gGmbH wird - vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Haushaltsplan 2020 - freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) führt in die Thematik anhand der Vorl.Nr. 428/19 ein und verweist insbesondere auf das verstärkte Controlling und den neuen Scala-Beirat. Man habe ein Konsolidierungsjahr hinter sich, in dem erstmals der Landeszuschuss der LAKS ausgezahlt wurde. Im ersten Halbjahr 2019 sei sparsam gewirtschaftet worden und 80.000 Euro könnten ins neue Haushaltsjahr übertragen werden.

Herr **Lichtner** (Scala Kultur Live gGmbH) bedankt sich bei der Verwaltung für die Begleitung in den vergangenen Jahren und Monaten. Er geht ergänzend auf das neue Corporate Design, die neue Homepage und ein neues Gastspielformat ein. Im vergangenen Jahr habe man den Besucherrekord aus dem Jahr 2000 überboten. Insgesamt hätten Optimierungen in der Betriebswirtschaft stattgefunden, die zusammen mit dem Controlling eine Verbesserung darstellten. Es folgt ein Bericht über neue Veranstaltungen und Zuschauerschichten. Auch im kommenden Jahr wolle man eine Plattform für gesellschaftliche Debatten bieten.

Stadtrat **Girrbach** zufolge habe das neue Programm überzeugt. Man sei glücklich über die Gewährung des Landeszuschusses, das zugunsten des Programms verwendet werde. Erfreulich seien die niederschweligen Angebote für alle Altersgruppen. Kultur koste generell etwas und die Stadt Ludwigsburg könne sich diese Kultur leisten.

Das Scala mit seinem Angebot gehöre zu Ludwigsburg, so Stadträtin **Dr. Klünder**. Die Struktur der verschiedenen Scala-Gesellschaften sei nicht auf Anhieb durchschaubar, aber Voraussetzung für den Landeszuschuss. Sie fragt, ob der städtische Zuschuss an den Landeszuschuss geknüpft sei.

Es habe augenscheinlich Verbesserungen gegeben, führt Stadtrat **Weiss** aus, was an den Indikatoren ersichtlich sei. Die Frage nach den stark erhöhten Nebenkosten sei geklärt. Die Marke Scala entwickle sich positiv. Insgesamt sei die Entwicklung erfreulich, auf dieser Basis könne weitergearbeitet werden. Die Fraktion werde zustimmen, auch der Verstetigung des Zuschusses.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** lobt das tolle Programm des Scala. Positiv sei die Gewährung des Landeszuschusses. Er erkundigt sich nach dem Beschluss des Zuschusses im Jahr 2017, welcher höher ausgefallen sei zugunsten der Etablierung der Soziokultur, und fragt, ob dann mit Gewährung des Landeszuschusses der städtische Anteil zurückgefahren werden könne.

Es sei eine gute Struktur, so Stadtrat **Haag**. Das Programm sei gut und näher an der Zielgruppe, man könne von einem Kulturdienstleister für die Menschen sprechen. Die Fraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Frau **Richert** antwortet, dass der städtische und Landes-Zuschuss immer für ein Jahr beschlossen würden. Die Zahlung von 100.000 Euro sei einmalig für die Etablierung des Soziokulturanteils gewährt worden. Der Stand des städtischen Zuschusses solle bestehen bleiben und die Entwicklung weiter beobachtet werden.

Herr **Lichtner** geht im Folgenden auf die Entwicklung des Zuschusses seit 2015 ein und Frau **Richert** ergänzt, dass man von einer Gesamtbetrachtung des Angebots und der Zuschüsse sprechen müsse. Das Gutachten von Actori habe einen öffentlichen Zuschussbedarf von insg. 360.000 Euro beziffert.

Stadtrat **Weiss** zeigt sich gesprächsbereit zum Zuschuss. Wichtig sei, dass man die Kosten und

deren Überwachung im Griff habe. Der Zuschuss müsse auskömmlich sein, ggf. könnte dieser reduziert werden.

Stadtrat **Link** sieht eine massive Erhöhung der Gehälter und Mietzahlungen und fragt nach den Gründen. Die Programmgestaltung lobt er.

Die Anzahl der Veranstaltungen habe sich auch durch die neuen Veranstaltungsreihen in der Soziokultur erhöht, so Herr **Lichtner**. Das ziehe höhere Personal- und Mietausgaben nach sich. Ein Teil der Personalkosten solle durch Drittmittel finanziert werden.

OBM **Dr. Knecht** dankt dem Team des Scala für die Erfolgsgeschichte und fasst zusammen, dass der Gemeinderat auch mahnend auf die weitere Entwicklung hingewiesen habe. Im kommenden Jahr wünscht das Gremium eine Berichterstattung. Er stellt den Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Abweichender Beschluss:

1. Die Integrationsprojekte der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. in den Vorbereitungsklassen an der Justinus-Kerner-Schule und der Osterholzschule werden - immer unter dem Vorbehalt der jährlichen Haushaltsbeschlussfassung - zunächst für die Haushaltsjahre 2020 bis 2023 fortgeführt und bis zu einem Betrag i.H.v. 18.000€ pro Jahr aus dem Budget des Teilhaushaltes 41 Kunst und Kultur gefördert (Phase I).
- ~~2. Nach Abschluss der dreijährigen Förderung wird die Wirkung der mittelfristigen Förderung des Tanz- und Theaterprojektes vom Träger in Abstimmung mit den Fachbereichen Kunst und Kultur sowie Bildung und Familie erneut überprüft. Bei einer positiven Bilanz kann für weitere zwei Jahre entsprechend den Vorgaben nach Ziffer 1. eine Förderung bis zu einem Betrag i.H.v. 18.000€ pro Jahr in Aussicht gestellt werden (Phase II).
Vor Ablauf ist rechtzeitig über Bedarf, Art und Wirkung der Förderung zu berichten und dann eine neue Förderung zu beantragen.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) stellt die wichtigen Integrationsprojekte der „Vielfältig-Kreativ-Lebendig“-Klassen (VKL) vor. Dieses sei immer nur auf ein Jahr befristet genehmigt gewesen, und soll nun um drei Jahre verlängert werden. Die Gelder seien im Haushalt

der Tanz- und Theaterwerkstatt eingestellt. Die Herausforderung seien noch nicht beendet und es werde einen Zwischenbericht im Gremium geben.

Frau **Ancic** (Tanz- und Theaterwerkstatt TTW) berichtet über die Arbeit der VKL-Klassen. Es handle sich um ein Modellprojekt in Ludwigsburg, bei dem Kontinuität von Wichtigkeit sei.

Stadtrat **Prof. Vierling** dankt der TTW. Durch das Angebot an Grundschulen und Gemeinschaftsschulen seien Bandbreite bei Alter und Herkunft vorhanden. Die Arbeit der VKL-Klassen würde die Situation der Menschen erleichtern und zur Gewinnung von Selbstbewusstsein beitragen. Man könne die Arbeit nicht hoch genug einschätzen. Die Fraktion werde zustimmen.

Laut Stadträtin **Dr. Klünder** sei es eine ganz wichtige Arbeit. Die nonverbale Integration sei wichtig, ebenso wie über Musik. Die Fraktion werde zustimmen.

Stadt **Lutz** dankt für die tolle Arbeit. Die Fraktion habe das Projekt von Anfang an positiv begleitet. Er zähle das Projekt zu den Pflichtaufgaben der Kommune, da dadurch die Sprachbarriere überwunden werde. Momentan gebe es das Projekt an zwei Schulen, er frage, an welcher Schule es perspektivisch noch angeboten werden könne. Außerdem interessiert ihn der Grund für die Schwankungen bei den Schülerzahlen. Das Projekt brauche insgesamt Kontinuität, er plädiere für einen Bericht, der schon vor Ablauf der drei Jahre vorgestellt wird.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zufolge würden nicht viele Kommunen solche Projekte betreiben. Es sei ein guter Baustein für soziale Integration. Die Fraktion gehe drei Jahre mit, da der Bedarf vorhanden bleiben wird. Ihm stelle sich die Frage, ob bereits jetzt Signale für den Zeitraum nach 2023 gegeben werden müssen.

Aus Sicht von Stadtrat **Haag** wäre es gut, ein Jahr vor Auslaufen der Befristung eine Perspektive mitzugeben, ob mit der Verlängerung um zwei Jahre gerechnet werden könne. Die Fraktion freue sich über das Projekt. Er frage, ob die Integration nicht noch effektiver wäre, wenn es ein Gemeinschaftsprojekt mit Deutschen wäre.

Laut Stadtrat **Dogan** ist Sprache der wichtigste Faktor für Integration. Die Früchte werde man erst in fünf bis zehn Jahren ernten. Aus seiner Sicht wären ebenso Deutsch-Muttersprachler in den Gruppen sinnvoll. Er frage, welche Nationalitäten in den Klassen vertreten sind.

Die Frage, ob auch Deutsche teilnehmen sollen, habe man sich im Vorfeld auch gestellt, führt Frau **Ancic** aus. Man habe sich dagegen entschieden, da es ein Schutzraum für Kinder sei. Es seien nicht nur Flüchtlinge in den Klassen, aber alle eint, dass sie neu in Ludwigsburg seien. Man strebe außerhalb der Schule und der Klassen Begegnungsprojekte an. Es gebe eine Schwankung bei den Schülerzahlen, da oft der Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen wechsele. Viele Kinder seien aus Osteuropa in den Klassen. Für die bessere Planbarkeit nehme man das Angebot gerne an und berichte früher über das Projekt. Der Fachbereich Bildung und Familie eruiert, in welcher Schule Bedarf für eine VKL-Klasse ist.

Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie) ergänzt, dass es nicht in allen Schulen VKL-Klassen gebe. Es gebe in anderen Schulen andere Projekte bspw. mit Musik.

Mit den Anregungen aus dem Gremium formuliert OBM **Dr. Knecht** einen abweichenden Beschluss, den er zur Abstimmung stellt (s. Änderungen oben).